



Forum Gesundheit und Politik in Berlin gegründet

Es gibt viele Strukturen und Organisationen, die sich mit dem Thema Gesundheit in Deutschland beschäftigen. Das gemeinsame Ziel dieser Strukturen ist es, die Gesundheit durch Präventionsmaßnahmen zu erhalten oder durch eine evidenzbasierte qualitative Therapie wieder herzustellen. Die Ressourcen sind dabei aktuell am Limit angekommen, so dass viele Reformen auf dem Weg sind, um ausreichende Strukturen und eine Versorgungs-Qualität im stationären und ambulanten Bereich aufrechtzuerhalten oder zu verbessern.

Durch die föderale Struktur des Gesundheitswesens sind alle der vom Bund formulierten Gesetze im Detail durch die Bundesländer umzusetzen. Aufgrund der großen medizinischen Vielfalt werden hierbei häufig einzelne Fachrichtungen nicht genügend berücksichtigt oder die entsprechenden Fachgesellschaften nicht ausreichend angehört.

FORUM GESUNDHEIT UND POLITIK

Akteure vernetzen – Strukturen stärken

Sowohl im stationären als auch im ambulanten Sektor ist die medizinische Vielfalt sehr groß und für einzelne Therapeuten und Ärzte mittlerweile unübersichtlich geworden. Gleiches gilt für die Regulationsbehörden, die Kostenträger und Politiker.

Genau hier setzt das Forum Gesundheit und Politik an, das am 12. September 2025 in Berlin gegründet wurde. Es will Gesundheitsstrukturen, medizinische Expertise und politische Strukturen vernetzen. In regelmäßig stattfindenden Foren sollen sich daher Politiker und Ärzte über aktuelle Themen aus relevanten medizinischen Bereichen austauschen.

Das Forum Gesundheit und Politik wurde initiiert von Kollegen verschiedener Fachrichtungen, darunter Prof. Martin Storck, Gefäßchirurg aus Karlsruhe, Prof. Markus Backmund, Internist und Psychotherapeut aus München, Dr. Thomas Hering, Pneumologe aus Berlin, Prof. Christos Rammos, Kardiologe aus Essen und Prof. Knut Kröger, Angiologe und Hämostaseologe aus Krefeld. Weitere Fachrichtungen werden themenbezogen vertreten sein.

Die primäre und sekundäre Krankheitsprävention soll beim Forum Gesundheit und Politik dabei zunächst im Vordergrund stehen. Angesprochen sind Bundes- und Landespolitiker, sowie Vertreter von Kostenträgern und der Pflegeberufen sowie Patientenvertreter.